

Beschlussempfehlung

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu ~~entwickeln und~~ **prüfen und durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen** daraus **Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle (Saale) umsetzbar sind und das Ergebnis** dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen. Dabei sind neben Möglichkeiten zur strategischen Anpassung der Schulbezirke auch ~~weitere bestehende Handlungsoptionen~~ **Handlungsmöglichkeiten zu prüfen.**
 - a. ~~Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein.~~ **Ziel sind gerechtere Bildungschancen für Kinder unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft und mit geringerer deutscher Sprachkompetenz durch mehr Kontakte mit Muttersprachlern, dies unter anderem durch eine gleichmäßigere Verteilung derer mit Unterstützungsbedarf.**
 - b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke **bei zu hoher Zahl an Kindern mit geringer deutscher Sprachkompetenz oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen,** sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
 - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen **sowie die Anzahl an Kindern je Schule mit Sprachförderbedarf (Deutsch).**
2. Der Bildungsausschuss ist ~~fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate,~~ **einmal im Quartal** über den Stand der Erarbeitung zu informieren.